

05.10.2006

Hessen will Strom-Konzerne zerschlagen

Berlin. Mit drastischen Staatseingriffen will die hessische Landesregierung bei den großen Strom- und Gaskonzernen Wettbewerb und so Preis-Entlastungen für die Verbraucher durchsetzen. „Notfalls muss das Bundeskartellamt die Stromkonzerne zwingen können, einen Teil ihrer Kraftwerke an Dritte zu verkaufen“, sagte Hessens Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) am Mittwoch in Berlin bei der Präsentation neuer Vorschläge gegen Markt-Beherrschung. Mit frei werdenden Markt-Anteilen werde die Zahl der Strom-Produzenten klar steigen.

Hessen geht weit über Pläne von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hinaus, der die Missbrauchskontrolle der „Großen Vier“ – E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – verstärken will. Die SPD signalisierte Rhiel ein gemeinsames Vorgehen.

„Hessen will das Wettbewerbsrecht verschärfen, damit – wenn alles andere nicht hilft – der Staat das Stromerzeugungs-Oligopol der vier Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW zerschlagen kann“, sagte Rhiel. Die Unternehmensentflechtung solle aber nur das äußerste Mittel sein, wenn mildere Eingriffe des Kartellrechts keinen Erfolg brächten.

Während die Verbraucherverbände die einschneidenden Vorschläge aus Hessen begrüßten, wurden sie vom Essener Stromkonzern RWE und vom Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) vehement zurückgewiesen.

Staatliche Eingriffe in die Marktstruktur würden den Wettbewerb im Strommarkt nicht fördern, sondern behindern“, erklärte VDEW-Geschäftsführer Roger Kohlmann. „Neue Anbieter würden geradezu abgeschreckt, in Kraftwerke zu investieren, wenn der Staat die Preise deckelt.“

Bei RWE hieß es: „Eine nachträgliche Entflechtung ist im Kartellrecht nicht vorgesehen. Wir unterliegen heute schon strengen kartellrechtlichen Prüfungen.“ Man habe in Deutschland die niedrigsten Großhandelspreise in Europa. „Der Markt funktioniert.“

Die drei anderen Stromkonzerne wollten sich öffentlich nicht äußern.

Die Chefin des Bundesverbandes der Verbraucherverbände (vzbv), Edda Müller, erklärte: „Wer wirklichen Wettbewerb bei Strom und Gas will, kommt an Minister Rhiels Vorschlägen zur Zerschlagung der Energie-Oligopole nicht vorbei. Mit der Marktanteils-Beschränkung bei marktbeherrschenden Unternehmen packt der Vorstoß Hessens das Grundproblem im Energiesektor endlich an der Wurzel.“ Nötig sei ein „machtvolles Schiedsrichter-Team, das die Regeln auch durchsetzt“.

Der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, sagte, ein Verbot für Kapazitätsausweitungen für Monopolisten und möglicher Zwang zu Kraftwerksverkäufen enthalte auch sein Papier, das die energiepolitische SPD-Arbeitsgruppe am 19. Oktober behandeln werde. „Da jetzt ähnliche Vorschläge von beiden Koalitionspartnern kommen, hoffe ich auf einen gemeinsamen Vorstoß noch in 2006.“

Ob es für die Energie-Riesen zu Marktanteils-Beschränkungen durch den Zwang zum teilweisen Kraftwerksverkauf kommt, sollte am besten das Bundeskartellamt bestimmen, erläuterte Rhiel. Dazu sollten in einem zweistufigen Verfahren transparente „Aufgreif-Kriterien“ wie Marktbeherrschung, „nachgewiesener Missbrauch“ dieser Macht sowie das Fehlen jeglichen Wettbewerbs bestimmt werden. Das GWB müsse um einen Struktur-Eingriffs-Paragrafen ergänzt werden. Ab 2008 könne durchgegriffen werden, dann könne die Gesetzesänderung fertig sein.

Vom Endkunden-Strompreis, der laut Rhiel bei 20 Cent je Kilowattstunde liegt, entfielen derzeit 40 Prozent auf staatliche Abgaben, 25 Prozent auf die Strom-Erzeugung, 30 Prozent auf den Netzbetrieb und 5 Prozent auf den Vertrieb. Der Gewinnrückgang der Konzerne im Bereich der regulierten Stromnetze werde durch Anhebungen der Großhandelspreise in der Strom-Erzeugung wieder wettgemacht.

Im Interesse des Wettbewerbs sei auch, die Strom-Steuer zu halbieren und zum Ausgleich die Zertifikate zum Abbau von Kohlendioxid zu versteigern, statt sie zu verschenken und von den Unternehmen dennoch mit einem Preis-Aufschlag versehen zu lassen.

[Dazu der Kommentar](#)

